

2334/J XX.GP

ANFRAGE der Abgeordneten Schaffenrath, Motter und Partner/innen  
an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz  
betreffend Einrichtung von Kinderbetreuungs-Projekten

Die Kinderbetreuungssituation in Österreich im Vergleich zum übrigen Europa schneidet sehr schlecht ab. In Österreich fehlen rund 250.000 Betreuungsplätze. Nur 54 % der österreichischen Kindergärten haben ganztags durchgehend geöffnet, außerdem differieren die Öffnungszeiten der Kindergärten beträchtlich. Während in Wien 93% aller Kindergärten durchgehend geöffnet haben, werden in Tirol nur 4,9 % ganztätig ohne Mittagspause geführt. Nur 1,5 % aller österreichischen Kindergärten, ein einziger Hort und vier Kinderrippen bieten auch eine Samstags- und/oder Sonntagsbetreuung an. Das heißt, bereits bisher wurde auf Beschäftigte im Handel, im Hotel- und Gastgewerbe, im Gesundheitswesen und in anderen Dienstleistungsberufen bei den Öffnungszeiten keine Rücksicht genommen. Auch zwischen Mindesturlaub und Schul- bzw. Kindergartenferien besteht eine erhebliche Diskrepanz.

Mit den 600 Millionen Schilling die der Bund 1997 zur Verfügung stellt, soll nun endlich der Ausbau und Bau von Kinderbetreuungseinrichtungen in ganz Österreich vorangetrieben werden.

Die ausgewählten Projekte der Länder, welche bis 28.2.98 eingerichtet wurden und von den vorgegebenen Richtlinien entsprechen, werden aus dem 600-Millionen-Topf des Bundes kofinanziert.

In diesem Zusammenhang richteten bereits die Grünen unter der Nr. 2291/J ein Anfrage an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz, zusätzlich stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

Anfrage

- 1.) Welche Beträge stehen den einzelnen Bundesländern zur Verfügung?
- 2.) Bis zu welcher Höhe wurde die jeweils mögliche Kofinanzierung aus dem 600-Millionen-Topf von den einzelnen Bundesländern tatsächlich ausgeschöpft?
- 3.) Für welche Zwecke werden die von den einzelnen Bundesländern nicht ausgeschöpften Mittel verwendet?